

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Post- und Fernsendungen kommen 2,50 M. hinzu. Unter Streifenband liegen für Frankreich und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Inland-Postumschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Ausland-Postumschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 40,- M. Abnahme, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 20.

Die abgelaufenen Kampfbücher über Herrn Raam betragen 2,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2046, 4510, 4603, 4635, 4669, 4923

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Königsmacher

## Die „Heilige Allianz“ der Reaktion — Deutsch-russisch-ungarische Verbrüderung — Die Führerrolle Bayerns — Oberst Bauer als Drahtzieher — Die Aufgaben der Orgesch — Der Revanchekrieg

In seiner Broschüre „Der dreizehnte März 1920“ schreibt Oberst Bauer, der Intimus Ludendorffs und Hauptleiter des Kapp-Putsches, am Schluß seiner Ausführungen: „Preußen, einst der Vorkämpfer und Gründer des Deutschen Reiches, hat abgewirksam. Es ist in den Händen von Juden und Umstürzern. Aber das Volk ist gesund, es wartet nur auf eine entschlossene Führerschaft und wird dann das bestmögliche Joch entschlossen abkämpfen. Wird ein anderer Bundesstrecker die Führung übernehmen? Das deutsche Volk wartet mit Spannung.“

Der Ruf des Obersten Bauer wurde bald erhört. Die Führung der deutschen Konterrevolution wurde von Bauer übernommen. Hier konzentrierte sich unter dem Schutz der bayerischen Regierung alles, was auf eine Wiederholung des Kapp-Putsches, auf eine Wiederherstellung der Monarchie, auf einen neuen Krieg gegen die Entente hin arbeitete. Alle kompromittierten Führer des Kapp-Putsches arbeiteten nach Bayern, wo unter der Beteiligung General Ludendorffs, des Obersten Bauer, des Majors Stefani (des Mörders der „Vorwärts“-Parlamentäre), des Spießes Trebitsch-Lincoln und anderer eine Reihe von Konferenzen stattfand.

So tagte Anfang Mai in Regensburg eine Konferenz monarchistischer Organisationen, in der ein vom Obersten Bauer ausgearbeitetes Programm angenommen wurde. Kurz danach reisten Bauer und Trebitsch-Lincoln über Wien nach Budapest. In der Wiener Ungarischen Gefandtschaft wurden sie von dem berüchtigten Dr. Gracich mit falschen Pässen versehen und zwar reiste Oberst Bauer auf den Namen eines Dr. Bürger und Trebitsch-Lincoln auf den Namen eines Dr. Legocki. Am 16. Mai fand in Budapest eine Konferenz mit dem ungarischen Major Pronay und am folgenden Tage mit Ehardt und Humbert statt. Es folgten die Angaben, wonach Oberst Bauer dem Admiral Horthy einen eigenhändigen Brief General Ludendorffs überreichte. Am 26. Mai nahmen die Verschwörer den allgemeinen Plan des Obersten Bauer an, der am 1. Juni auch die Zustimmung Admiral Horthys fand. Dasselbe wurde beschlossen, daß Ludendorff selbst und offizielle Vertreter der bayerischen Regierung nach Budapest kommen sollten. Zu diesem Zweck wurde ein entsprechendes Telegramm an Major Stefani nach München gerichtet.

In Anbetracht der Reichstagswahlen, die Anfang Juni in Deutschland stattfanden, mußte die Reise der erwähnten Personen verschoben werden. Oberst Bauer verließ zeitweilig Budapest und begab sich auf das Gut eines ungarischen Grafen. Am 21. Juni traf einer der Hauptteilnehmer der monarchistischen Verschwörung, der russische General Bisjupski, der schon während des Balkan-Abenteuers, der Vermondi-Affäre und des Kapp-Putsches als Vertreter der russischen Konterrevolutionäre mit den deutschen Monarchisten in enge Fühlung getreten war, in Budapest ein. Am 22. Juni fand eine Plenarsitzung der deutschen, russischen und ungarischen Verschwörer statt, in der eine Denkschrift des Obersten Bauer angenommen wurde, die nach den Angaben der in Prag erscheinenden sozialrevolutionären Zeitung „Wolga Rossii“ folgenden Wortlaut hat:

### 1. Grundlegende Idee

Alle beteiligten Länder: Deutschland, Österreich, Rußland (sowie die Grenzländer Ukraine und Weißrußland), Bulgarien, die Türkei und Island, führen den Schlag möglichst gleichzeitig zu einem noch festzusetzenden Zeitpunkt, der zwischen dem Herbst dieses Jahres und dem Frühling des nächsten Jahres vorgezogen wird. Hierbei bleibt Ungarn nur in Bereitschaft, um irgendwelche Eventualitäten abzuwehren, und schließt seine Grenzen.

Allgemeine Durchführung. In allen Ländern bestehen bereits Organisationen, die unverändert bleiben. Es wird jedoch ein zentraler Exekutivkomitee eingesetzt. Das Hauptquartier befindet sich an einem von Ungarn bestimmten Orte und besteht aus je einem mit Stimmrecht versehenen Vertreter jeder der beteiligten Gruppen. Den Vorsitz führt Deutschland (Bayern). Alle tätigen Einzelheiten regelt Ungarn. Das Zentral-Exekutivkomitee hat keine Vertreter sowohl in den beteiligten, wie in anderen wichtigen Staaten.

Presse. Es ist wichtig, eine gleichartige Leitung der Presse zu haben. Zu diesem Zweck muß dem zentralen Exekutivkomitee ein Pressebureau angegliedert werden. Es ist außerordentlich wichtig, durch dieses Bureau die mit uns sympathisierende Presse zu beeinflussen. Wo keine Organisation der Presse vorhanden ist, muß eine solche von Fall zu Fall geschaffen werden.

Ausführende Organe. Das zentrale Exekutivkomitee bildet, unter Ausnutzung der bereits bestehenden geheimen Organisationen, einen allgemeinen Aktionsausschuß zur Beseitigung verräterischer oder gefährlicher Elemente. Dieser Ausschuß arbeitet nur auf Befehl des zentralen Exekutivkomitees.

Finanzfrage. Die erforderlichen Geldmittel werden nach Möglichkeit von jedem einzelnen Staat für sich beschafft. Der Unterhalt des zentralen Exekutivkomitees und die für die Unterstüßung der einzelnen Organisationen und Führer, sowie zur Deckung der geheimen Ausgaben (Schwartzkassen) erforderlichen Mittel werden teilweise von der weißrussischen Regierung beschafft. (Herstellung von Papiergeld in Ungarn). Ueber diesen Punkt verständigen sich die deutschen Vertreter mit Weißrußland.

Konspiration. Das zentrale Exekutivkomitee tritt mindestens einmal wöchentlich zusammen; in jeder Sitzung berichtet jeder Vertreter vollkommen offen über alle Vorgänge in seinem Lande; es wird auch die allgemeine politische Lage erörtert. Alle Teilnehmer verpflichten sich durch besonderen Eid ihr Geheimnis zu wahren. Der Bruch des Eides wird mit dem Tode bestraft. Alle Delegationen, sowie einzelne Personen aus den verschiedenen Staaten, einzelner welche Ziele sie auch verfolgen, müssen ohne vorherige Bestätigung unmittelbar dem betreffenden Mitglied des zentralen Exekutivkomitees zugeführt werden.

### 2. Die militärische Bereitschaft gegenüber der Entente

Die militärische Macht aller Teilnehmer muß wiederhergestellt werden, um erstens die Einmischung der Entente in unsere Aktion zur Beseitigung der Umsturzelemente zu verhindern und zweitens, und vor allem, um die Annulierung aller sogenannten Friedensverträge zu erzielen.

1. Die Organisation der einzelnen militärischen Kräfte ist Sache eines jeden Landes. Deutschland stellt auf Wunsch die nötigen Offiziere zur Organisation und gleichartigen Formierung der Truppenteile zur Verfügung und liefert die erforderlichen organisatorischen Angaben.

2. Waffen und Ausrüstung werden, soweit sie noch vorhanden sind, von deutschen Vertretern in Deutschland mit Hilfe von privaten Firmen beschafft und entsprechend den Anforderungen verteilt. Beschaffung wird vom entsprechenden Staat geleistet. Aufträge zur Beschaffung von Waffen und Ausrüstungsgegenstände auf anderem Wege müssen eingestellt werden. Angaben über die nötige Anzahl von Waffen müssen schleunigt gemacht werden.

3. Es muß an die Herstellung spezieller neuer Waffen und Ausrüstungsgegenstände geschritten werden. Soweit Deutschland selbst nicht in der Lage ist, Waffen zu liefern, stellt es Maschinen, Rohstoffe und Personal zur Verfügung. Die Unterhandlungen werden nur von deutschen Vertretern geführt; die anderen Staaten teilen lediglich mit, welche Fabriken bei ihnen Bestellungen übernehmen können, und machen Angaben über die Konstruktion und die Menge der angeforderten Waffen.

### 3. Wirtschaftliche und politische Vereinbarung

1. Die Teilnehmer garantieren sich schon jetzt gegenseitig die Grundzüge der Reichsbegünstigung.

2. Die ungarische Regierung stellt fest, wieviel Getreide, Vieh, Wein usw. sie auszuführen vermag. Die Ansohrt selbst wird in die Hände einer privaten deutsch-ungarischen Gesellschaft gelegt, die vom zentralen Exekutivkomitee insgeheim geschaffen und kontrolliert wird.

3. Die politischen Ziele sind für Deutschland und Ungarn festgelegt. Für die übrigen Länder müssen sie im zentralen Exekutivkomitee erörtert werden.

4. Es muß die Erhaltung des zentralen Exekutivkomitees in veränderter (offizieller) Form auch nach Erreichung der festgesetzten Ziele angestrebt werden.

### 4. Die Ansiedlungsfrage

Um die besten deutschen Truppenteile, die jetzt der Zerstückung preisgegeben sind, für den Kampf gegen die Urheber des Umsturzes in besonders bedrohten Orten (beweglichen Reservaten) oder für den Kampf gegen die Entente zu erhalten, wird die Auswanderung vorgezogen. Zu diesem Zweck gibt die ungarische Regierung der „Deutsch-ungarischen Siedlungsgesellschaft m. b. H.“ die Genehmigung zur Organisation der Siedlung. Mit der Gründung dieser Gesellschaft werden die deutschen und ungarischen Mitglieder des zentralen Exekutivkomitees beauftragt. Die Gesellschaft arbeitet laut den geheimen Anweisungen der erwähnten Vertreter.

In Verbindung mit dieser Denkschrift des Obersten Bauer wurde folgender militärischer Plan auf der Konferenz ausgearbeitet: Die deutschen weißen Garden werden in

Bayern konzentriert; in Österreich wird mit Hilfe der örtlichen Organisationen die Konterrevolution energisch vorbereitet. Ungarn konzentriert seine Truppen an der westlichen Grenze, deutsche Kräfte werden mit Hilfe der Orgesch gruppenweise nach Österreich geschickt um zu entsprechender Zeit in Aktion zu treten. Dieser Plan wurde vom Obersten Bauer in allen Einzelheiten ausgearbeitet, die im wesentlichen darauf hinausliefen, daß Kärnten, Steiermark und Tirol als Brücke zwischen Bayern, Österreich und Ungarn benützt wurden. Der Orgesch wurde vor allem die Organisation der Bewegung in Tirol und Salzburg überwiesen. Zur festgesetzten Zeit sollten die sozialdemokratischen Führer in allen Teilen Österreichs in der Nacht verhaftet und erschossen werden. Auch die führenden Politiker in der Tschecho-Slowakei sollten mit Hilfe einer geheimen Organisation ermordet werden. Zur Unterdrückung irgendwelcher gegnerischen Handlungen in der Tschecho-Slowakei werden in dem Plan des Obersten Bauer bestimmte militärische Operationen in Deutsch-Böhmen sowie von Seiten Ungarns vorgezogen.

Neben diesem militärischen Plan wurde auf der Geheimkonferenz in Budapest vom 21. Juni auch der Beschluß gefaßt, die erforderlichen Mittel mit Hilfe der Anfertigung falscher russischer Tausend-Rubel Scheine zu beschaffen, die in Höhe von zwei Milliarden Rubel in Ungarn angefertigt werden sollten. Anfang Juli kamen die Bayern nach Budapest, allerdings ohne Ludendorff. Am 11. Juli fand eine Zusammenkunft zwischen ihnen und dem Admiral Horthy in Gödöllő statt. Schon vorher hatte Horthy den General Bisjupski bei sich empfangen.

Am 12. Juli fand eine neue allgemeine Sitzung der monarchistischen Verschwörer in Budapest statt, in der alle Finanzfragen erledigt wurden. Der russische Oberst Sijatin, der schon früher 100 000 Kronen erhalten hatte, wurde zu Baron Wrangel nach der Krim delegiert, um mit ihm Unterhandlungen zu führen. Ferner wurde beschlossen, daß General Bisjupski 1 Million Kronen erhalten sollte. (Dieser Betrag wurde ihm am 23. Juli in Horthys Militärkanzlei ausgezahlt.) Ferner beschloß die Konferenz, ihm alle erforderlichen Mittel zur Herstellung des falschen russischen Geldes und außerdem 6 Millionen Kronen zur Organisation der militärischen Abteilungen und Spionagebureau zur Verfügung zu stellen. Große Geldbeträge wurden von den deutschen und österreichischen monarchistischen Organisationen beschafft.

### Das monarchistische Schutz- und Trutzbündnis

Am 26. Juli verließ General Bisjupski Budapest, nachdem er vorher der monarchistischen Konferenz ein ausführliches Memorandum unterbreitet, in dem er unter Anlehnung an die Denkschrift des Obersten Bauer die Ziele der monarchistischen Verschwörer mit voller Klarheit offenbarte. Dieses Memorandum beweist erneut, daß die russischen Reaktionäre und Weißgardisten, die sich der besondern Sympathie der reaktionären Kreise in Deutschland erfreuen, gemeinsam mit den deutschen und ungarischen Militärs die treibende Kraft der fortgesetzten Verschwörungen und Zettelungen in Mittel- und Osteuropa sind. Hand in Hand mit ihren Gefinnungsgenossen in London, Paris, Rom usw., die engster Verbindung mit den reaktionären Parteien der Ententeländer stehen, suchen sie die Regierungen der Entente zur Fortsetzung ihrer verbrecherischen Interventionen in Rußland anzustacheln. Gleichzeitig jedoch schaffen sie im Bunde mit den deutschen, ungarischen und österreichischen Monarchisten die Grundlagen für eine neue „Heilige Allianz“, die ihre Spitze nicht nur gegen die revolutionären Bewegungen in Mittel- und Osteuropa, sondern auch gegen die Ententemächte richtet.

Es ist ferner charakteristisch, daß die militärischen Verschwörer um General Bisjupski, die offensichtlich mit gegenrevolutionären Elementen innerhalb der russischen roten Armee in Verbindung stehen, mindestens im Sommer und Herbst auch auf den Vormarsch der russischen roten Armeen spekulierten, um einerseits die Wiederherstellung Großrußlands in den alten Grenzen von 1914 und andererseits die dadurch verstärkte antirussische und antikommunistische Bewegung in den mitteleuropäischen Ländern zu fördern. Dieser wahrhaft teuflische Plan ist in folgendem Abschnitt des Memorandums des Generals Bisjupskis niedergelegt:

1. Die rote Armee liquidiert Polen und stellt die Grenzen zum Jahre 1914 her.
2. Die Armee Wrangel hält an einer Verteidigungsstaffel fest, bis die Grenzen von 1914 durch die rote Armee hergestellt sind.
3. Die ukrainischen Freischützer kämpfen gegen die Polen.
4. Die Wehrkräften führen einen Vertrag mit Moskau und kämpfen gegen die Polen.
5. Nach Herstellung der Grenzen sind die Kommandeure und Offiziere der roten Armee (die in ihrer Masse Offiziere des alten Regimes sind) bereit zum Putz und zur Einführung der Militärdisziplin.
6. Wrangel beginnt seinen Vormarsch im Kontakt mit dem militärischen Zentrum (der Wehrgardisten).
7. Die Armeen der Zentralmächte werden angesichts der drohenden Gefahr des Bolschewismus mobilisiert und marschieren, die russischen weißen Garden an der Spitze, gegen die kommunistischen Armeen. Das Volk wird durch Propaganda und Verteilung russischen Geldes in unbeschränkter Menge für eine antikomunistische Bewegung im Rücken der roten Armee vorbereitet.
8. Die ukrainischen Freischützer unter dem Kommando der Offiziere des alten Regimes lassen der kommunistischen Armee in den Rücken.
9. Weichingland fordert deutsche und russische Freiwillige an, um das Land von den Kommunisten zu befreien.
10. Die Weichen in der roten Armee inkontinenten in den Hauptstädten einen Aufstand und fordern russische, deutsche und ungarische Freiwillige an, um die bürgerliche Ordnung wiederherzustellen.
11. Es wird ein Bündnis zwischen Rußland, Deutschland und Ungarn geschlossen.
12. Die Monarchien werden wiederhergestellt und die Republiken zu jener Rolle degradiert, die sie verdienen.

Die hier formulierten Punkte entsprechen, wie erwähnt, den Hoffnungen der russischen Konterrevolutionäre im Hochsommer dieses Jahres, als die Krise im Osten ihren Höhepunkt erreichte. Inzwischen hat sich die militärische Lage dort wesentlich verändert. Rußland und Polen stehen vor dem Friedensschluß, General Wrangel ist geschlagen, die konterrevolutionären Armeen in der Ukraine und in Weißrußland sind in voller Auflösung begriffen und zu einem Teil nach Polen geflüchtet. Alle diese Tatsachen, die die Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Osten illustrieren, lassen die Spekulationen General Bismarcks als abenteuerliche Phantasien eines militärischen Glücksritzers erscheinen.

Keineswegs phantastisch jedoch sind die grundlegenden Anschauungen, aus denen diese Pläne wie die ähnlich gearteten Pläne des Obersten Bauer entstanden sind. Diese Anschauungen wurzeln in der immer stärker anschwellenden Reaktion in Deutschland, die sich der russischen und ungarischen Arbeiterverbände nur bedient, um einen größeren Spielraum für ihre Pläne zu gewinnen. Der Hort der europäischen Gegenrevolution ist gegenwärtig Deutschland, vor allem Bayern. Und die deutsche Reichsregierung hat noch neuerdings durch ihre Antwortnote an die Entente, in der sie gegen die Auflösung der Orgesch Stellung nimmt, den Nachweis erbracht, daß sie völlig im Geiste des Obersten Bauer und General Ludendorffs handelt.

Mit ihren Worten schlägt sie die Orgesch; mit ihren Taten bereitet sie den Boden für die monarchistische Konterrevolution und den Revanchekrieg gegen die Entente.

## Zerbrochene Fenster Scheiben

Vor einigen Wochen kündigte der französische Ministerpräsident im Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten an, daß die verbündeten Mächte der deutschen Regierung eine Note wegen der von dem Reichslanzier Freydenbach und dem Minister des Auswärtigen Simons in der Rheinprovinz gehaltenen Reden überreichen würde. Die deutsche Regierung hat jetzt diese Note und gleichzeitig die von ihr erteilte Antwort veröffentlicht.

Die Entente behauptete, daß die Erklärungen der beiden Ministerpräsidenten geeignet gewesen seien, am Rhein Unruhe zu erregen und sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die schweren Folgen, die derartige Kundgebungen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nach sich ziehen könnten. Sie wolle in Zukunft Reisen der Staatsminister in das besetzte Gebiet nur zulassen, wenn diese Beamten Angriffe gegen die Regierung und die Behörden der Alliierten und gegen den Friedensvertrag unterlassen.

Von unserer Seite ist bei Beratung des Stats des Friedensvertrags im Reichstag durch den Mund des Genossen Breitscheid an dem Auftreten von Freydenbach und Simons bereits Kritik geübt worden. Die Reden waren in der Tat zum mindesten sehr unglücklich, und es gelang von vornherein auf der Hand, daß sie besonders in Frankreich und Belgien schwere Mißstimmung hervorgerufen würden. Was die Minister über Eupen-Malmédy, über den Druck, der auf der Bevölkerung der Rheinlande lastet, und über die Kohlenfrage ausgeführt haben, hätten sie zur Not im deutschen Reichstag sagen können, wo in der Debatte eine unmittelbare Korrektur erfolgen konnte. Daß sie damit in die besetzte Provinz gingen, mußte provokatorisch wirken, wenn dieser Eindruck vielleicht auch nicht beabsichtigt war.

Und das um so mehr, als mit unbeweisbaren Behauptungen und Uebertreibungen gearbeitet wurde. Es ist eben nicht wahr, daß Frankreich einen Ueberfluß an Kohlen hat, und die Zeugnisse, auf die Herr Simons bei seinen Feststellungen in diesem Punkt sich stützt, sind alles andere eher denn einwandfrei. Auch sollte man sich in den Klagen über die Bedrückung der Rheinländer eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Die Okkupation ist hart, sie belastet schwer die Lage des Reichs, sie ist politisch ein Dorn in unserer Fleisch. Aber es muß doch einmal offen ausgesprochen werden, daß die große Masse des rheinischen Volkes — man mag das bedauern — weder wirtschaftlich noch seelisch in so hohem Maße unter der Besetzung leidet, wie es vielfach dargestellt wird. Sehr weite Kreise verdienen glänzend, es herrscht ein recht vergnügungsvolles Leben, und die Vaterlandsliebe hält vor allem die bestehenden Kreise nicht davon ab, sich unter einer Herrschaft wohlzufühlen, von der sie annehmen, daß sie ihnen mancherlei Unannehmlichkeiten, mit denen sie im nicht besetzten Gebiet zu rechnen hätten, ersparen.

Richtsdestoweniger erscheint uns die Empfindlichkeit der Entente doch allzuweit zu gehen. Eine mündliche Vorstellung würde am Ende auch genügt haben, und besonders das Reiseverbot wäre besser unterdrückt, zumal Störungen der öffentlichen Ordnung infolge der rednerischen Leistungen der zwei Wanderprediger tatsächlich nicht vorgekommen sind.

Erfreulicherweise hat die deutsche Regierung in ihrer Antwort auf den Versuch verzichtet, den Inhalt der Reden ihrer Minister zu rechtfertigen. Dafür aber bemüht sie sich, den

Streit durch die Versicherung fortzusetzen, daß die Bevölkerung des besetzten Gebiets durch die Beschwerden, die mit der Anwesenheit der Besatzungstruppen und der Besatzungsbehörden verbunden seien, in eine höchst erregte und vielfach recht verzerrte Stimmung geraten gewesen sei. Das ist, wie gesagt, eine starke Uebertreibung, da die Erregung viel mehr rechts des Rheins als links des Rheins herrscht, und es wirkt direkt komisch, wenn hinzugefügt wird, daß sich die Beunruhigung infolge der Ministerreden wesentlich verringert habe.

Das Unglück kann wirklich nicht so groß gewesen sein, wenn es schon durch ein paar Reden zu mildern war. Die deutsche Regierung erklärt stolz, daß sie selbst darüber entscheiden würde, wann sie mit der rheinischen Bevölkerung in persönliche Fühlungnahme treten wolle. Diesen Standpunkt mußte sie ja vielleicht einnehmen, aber wir dürfen doch wohl hoffen, daß sie bei den Fühlungnahmen in der Zukunft nach den jetzigen Erfahrungen etwas vorsichtiger sein wird. Sie soll nicht mit Steinen nach den Fenster Scheiben der Nachbarn werfen und sich immer gegenwärtig halten, daß das deutsche Volk den angerichteten Schaden bezahlen muß.

## Die russische Wirtschaftslage

Nach einer Meldung aus Moskau hat die Sowjetregierung eine Kundgebung erlassen, in der die Notwendigkeit eines Erlases der abgenutzten elektrischen und Dampfmaschinen für die Wiederaufrüstung der russischen Wirtschaft betont wird. Vor dem Kriege habe Rußland 60 Prozent dieser Anlagen aus dem Auslande bezogen. Da die Goldvorräte und die austauschbaren Waren ganz ungenügend seien, gebe es nur den einen Ausweg, die Kapitalisten des Westens heranzuziehen und ihnen zur Ausbeutung der Reichtümer des Landes Konzessionen zu bewilligen, namentlich im Norden, wo Rußland unermessliche Waldreichtümer und Millionen Dehjatinen unbenutzten Landes habe. Die Kapitalisten des Westens müßten die Arbeiterschutzeinrichtungen der Sowjetunion anerkennen und außerdem im Ausbeutungsgebiet Fabriken, Werke und Verkehrswege anlegen.

Die Beziehungen zwischen Rußland und Georgien scheinen sich in den letzten Wochen gehessert zu haben. Ein Handelsvertrag zwischen Sowjetrußland und Merbedschan einerseits und Georgien andererseits ist abgeschlossen worden. Beide Vertragsparteien gewähren einander freies Transitrecht auf ihren Eisenbahnen. Sowjetrußland und Merbedschan verpflichten sich, Georgien monatlich 17000 Tonnen Raphthaerzeugnisse zu festen Preisen zu liefern und sollen von Georgien ebenfalls zu festen Preisen feuerfeste Ziegeln und Ton, Steinkohlen, Holz und andere Waren, mit Ausnahme von Getreide und Zucker, erhalten. Georgien darf die auf Grund des Handelsabkommens eingeführten Raphtha und Raphthaerzeugnisse nicht weiter ausführen.

In den Moskauern Blättern wird eine Verfügung der Regierung erlassen, monach nun an alle Lebensmittel und Mittagsspeisungen an die gesamte Moskauer Bevölkerung kostenlos auf Karten verabfolgt werden sollen.

## Verklebte Milliarden

Die „Humanität“ bringt einen Artikel über die vorgedachten Milliarden. In Archangel und Murmansk seien im Juni 1918 40000 Mann gelandet. Die Soldaten hätten sich geweigert, nach Abbruch des Waffenstillstandes zu kämpfen. Sie seien nach Frankreich zurückgeführt worden. Was habe das gekostet! Vom September 1918 bis Februar 1920 habe man Kollischal unterstützt. Das habe Milliarden gekostet. Dann haben De Witt, Judenitz und im April 1920 Wrangel Unterstützung erhalten, außerdem sei im November 1918 das französische Mittelmeergeschwader nach dem Schwarzen Meer gegangen. Von Januar bis Juni 1919 habe ein französisch-griechisches Heer von fünf Divisionen die Gegend von Odessa und Bessarabien besetzt. Schließlich seien die russischen Kandidaten unterstützt worden, um gegen die Sowjetrepublik vorzugehen. Wieviel Milliarden seien dafür verzwungen worden! Nachdem Frankreich Sowjetrußland drei Jahre hindurch bekämpft habe, verlange es heute von ihm, daß es die Schulden des zaristischen Rußlands anerkenne.

## Monarchistische Demokraten

In Nürnberg findet gegenwärtig der demokratische Parteitag statt. Es ist charakteristisch, daß die Männer, die dort zusammenkommen, immer noch unentschieden zwischen Monarchie und Republik hin und her pendeln. Während die mecklenburgischen Demokraten eine republikanische Liga schaffen wollen, die eine Vereinigung aller Republikaner gegen die andringenden reaktionären Gewalten darstellen soll, hat sich eine Vertreterversammlung des demokratischen Reichsverbandes in München auf den Standpunkt gestellt, daß die Frage „Republik oder Monarchie“ keine grundsätzliche Frage für die Partei sei, sondern eine reine Ermessungsfrage. So soll denn auch auf dem Nürnberger Parteitag diese Frage nicht aufgerollt werden, da ihre Erörterung nur großen Schaden anrichten könne.

Der Ausweg ist also gefunden. Die Demokraten scheuen sich, ein offenes Bekenntnis für die Republik abzugeben, wollen sich aber auch nicht offen für die Monarchie aussprechen. Deshalb schweigen sie diesen wichtigen Punkt auf ihrer Tagung tot, und sie können dann in der Zukunft ihre Entscheidung je nach den Machtverhältnissen treffen. Sollte der monarchistische Gedanke durchdringen, dann werden die Demokraten versichern, daß sie die Monarchie immer für die idealste Staatsform gehalten haben, befestigt sich der republikanische Gedanke, dann werden sie die Republik auf ihr Banner schreiben. Auf derartige Hebeln ist natürlich kein Verlaß. Sie gehören zu den Halben, von denen Ludwig Thoma, auf der Höhe seines Wirkens stehend, einmal schrieb, daß sie ausgespien werden müßten.

## Regen sich endlich die Rechtshüter?

In Sachsen sind in diesen Tagen einige Inhaber bedeutender Getreidestellen unter dem Verdacht des Rentenhandels verhaftet worden. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Senatoren des angesehensten deutschen Getreidestellen, Adolf Goldschmidt. Die „Vossische Zeitung“ ist darüber nicht wenig empört. Sie rühmt Adolf Goldschmidt nach, dem Land den Krieg hindurch die größten Dienste erwiesen zu haben. Auch beteuert sie mit auffallender Eile, daß Goldschmidt nie ein einziges zweifelhafte Geschäft gemacht habe. Aber darüber hinaus soll das Vorgehen der sächsischen Staatsanwaltschaft noch andere katastrophale Folgen gehabt haben. Das Blatt schreibt:

Wie verheerend das Vorgehen der Staatsanwaltschaft in wirtschaftlicher Beziehung wirkt, erhellt daraus, daß die Chemnitzer und Dresdener Getreidebörse gestern total entleert waren und das gesamte Geschäft brachlag, denn keine der Firmen getraut sich jetzt, auch nur das kleinste Geschäft zu machen, aus Furcht, daß sich der gestrige Vorfall in kurzer Zeit wiederholen könnte.

Die Börsenmakler von Dresden und Chemnitz scheinen demnach kein sehr reines Gewissen zu haben. Ihr plötzliches Fernbleiben von der Börse kann doch nur als Eingeständnis und Befähigung dafür gelten, daß die Getreidebörse ausgesprochenen Scheiterns heute nicht unähnlich sind.

## Der Viehschmuggel nach dem Ausland

Uns wird geschrieben:

Seit einiger Zeit wird sehr viel über Verschiebungen von Vieh nach dem Ausland erzählt. Die Interessentenkreise haben den Reichskommissar für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr auf die Folgen dieses Gebührens aufmerksam gemacht. Durch den Viehschmuggel nach dem Ausland wird nicht nur unsere Ernährung gefährdet, sondern auch andere Gefahren heraufbeschworen. Der Reichskommissar hat in Verbindung mit den Interessentenorganisationen wiederholt Besprechungen veranstaltet. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, durch die dem Schmuggel begegnet werden soll. Die Grenzüberwachung allein genügt nicht. Es ist deshalb vorgeschlagen, daß der Viehtransport bei Nacht verboten werden soll. Außerdem ist angeordnet, daß in den Grenzgebieten jeder Viehtransporteur im Besitz eines Ausweises sein soll, der Aufschluß gibt über Zweck und Umfang des jeweiligen Viehtransportes. Die Landwirte sind gehalten, ihren Viehbeständen in eigens zu diesem Zweck angelegten Büchern einzutragen und den Kontrollbeamten vorzulegen. Alle Vorschriften der Regierung und des Ueberwachungskommissars allein sind aber nicht imstande, dem Viehschmuggel wirkungsvoll zu begegnen, wenn nicht die Mitarbeit aller Verbraucherkreise sichergestellt wird.

Bei den Beratungen haben die Vertreter des Ueberwachungskommissars für Viehschmuggel, des Viehhandels, des Fleischgewerbes, der Unternehmer und der Arbeiter, der Eisenbahnen und der Transportarbeiter bereitwillig zugesagt bei der Bekämpfung des Viehschmuggels mitwirken zu wollen. Dagegen wurde geltend gemacht, daß die Landwirte nur mit Widerwillen sich den Anordnungen des Reichskommissars für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr fügen. Auf einer am 4. Dezember in Münster abgehaltenen Konferenz versuchten die Vertreter der Landwirtschaft der Grenzgebiete zu bestreiten, daß überhaupt Viehschmuggel betrieben werde. Ein Vertreter der Bauernvereine erklärte sogar, daß die Landwirte die Verordnungen der Regierung und des Ueberwachungskommissars als Schikane empfinden, die sie sich nicht mehr länger gefallen lassen wollen. Dabei wurde festgestellt, daß die Bauernvereine ihre Mitglieder zu weisen, keine Rissen ihres Viehbestandes zu füren, ebenfalls weitere Amtsmänner in den Grenzgebieten den Landwirten von der Abfuhr der Viehlisten abgeraten haben. Der Widerstand der Landwirte gegen die Bekämpfung des Viehschmuggels läßt die verschiedensten Schlüsse zu. Da es äußerst schwer ist, die Schmuggler zu fassen, weil sie das Vieh weidend der Grenze ausreisen, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob ein größerer oder kleiner Teil der Landwirte der Grenzgebiete mit den Schmugglern in Verbindung stehen.

Wie aus Bayern gemeldet wurde, sind in der Nähe von Sulzbach 13 Bauern wegen Viehschmuggels verhaftet worden. Sie hatten den niedrigen Wasserstand der Saale ausgenutzt und Vieh durch den Bach getrieben. Es ist also der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Viehschmuggler in Verbindung mit den Landwirten der Grenzgebiete leben und so Viehschmuggel betreiben. Es muß dafür gesorgt werden, daß alle Arbeiter nur alles tun, um den Viehschmuggel umständlich zu machen, sondern daß sie auch auf die ländlichen Bewohner der Grenzgebiete einwirken, damit diese dem Schmuggel von Vieh auf das schärfste entgegenzutreten.

## Das Achselstück als Erzieher

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Donnerstag mit der Besoldungsordnung. Dabei kam es zu eingehenden Aussprachen darüber, ob der Leutnant höher bezahlt werden sollte, als der Volksschullehrer. Der deutschdemokratische Abgeordnete, General von Gallwitz, begründete den Antrag seiner Partei damit, daß die Höherstellung des Leutnants schon deshalb erforderlich sei, weil auch der Volksschullehrer eine Höherstellung erfahren habe. Die Tätigkeit eines Leutnants ist höher zu bewerten, als die des Volksschullehrers, sie steht über dem „Achselstück“. Der Leutnant habe gereifte Leute zu erziehen, der Lehrer nur sechsjährige Kinder.

Den Soldaten wird gefehlt, daß sie im Offizier nicht den Menschen, sondern die Achselstücke auf seinen Schultern zu schaukeln hätten. Diese Achselstücke scheinen nun nach Herrn Gallwitz die Träger auch die Fähigkeiten eines Erziehers zu verlieren. Die Erfolge, die diese Erzieher aufzuweisen hatten, haben wir im Kriege kennengelernt. Resultat: je weniger Achselstücke, desto höher die Kultur eines Volkes.

## Der österreichische Bundespräsident

Wien, 10. Dezember.

Die Blätter begrüßen einmütig die Wahl von Dr. Hainisch zum Bundespräsidenten. Die Arbeiterzeitung verweist unter Betonung ihres grundsätzlichen ablehnenden Standpunktes, der die Sozialdemokraten veranlaßt habe, dem Kandidaten der bürgerlichen Parteien ihre Stimme zu verweigern, auf die Vergangenheit Hainischs, der sich erstlich zu den Besten gehöre, die das deutsch-österreichische Bürgerium hervorgebracht habe. Das Blatt sagt, daß Hainisch sicher ein guter Demokrat und logisch politisch denkender Mann bleiben werde.

## Der innere Streit

Folgen der kommunistischen Spaltungsarbeit

Wrag, 10. Dezember.

Die Volkszeitung meldet: Heute früh stellte die kommunistische vereinigte Arbeiterzeitung die Arbeit in den Prager Fabriken ein, um gegen die behördliche Klage der im Volkshaus befindlichen Drucker an die rechtmäßigen Eigentümer, die tschechoslowakische sozialdemokratische Partei, zu protestieren und zog in Truppen in die Stadt. Hierbei kam es an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen der Demonstranten mit der Polizei.

Auch in der Tschechoslowakei können die Reaktionen eskalieren.

Streiks im Reich. Die Verhandlungen im Metallarbeiterstreik in Leipzig, die auf gestern vormittag angeber waren, sind auf den 15. Dezember vertagt worden, weil der Metallarbeiter-Verband erklärte, daß die Zeit zu kurz bemessen sei. — Der Bergarbeiterstreik in Sachsen hat sich auch auf den Revier Blauescher Grund ausgedehnt. Das Elektrizitätswerk in Delitzsch, das über 120 Orte des Erzgebirges und Vogtlandes mit Strom versorgt, hat die Stromlieferung eingestellt, ebenso das Ueberlandzentrale Oberlungwitz, durch die über hundert Gemalwerke Strom erhalten.

# Reichswirtschaftsrat

## Das Bilanzgesetz

Nach langer Pause trat das Plenum des vorläufigen Reichswirtschaftsrates gestern zusammen. Die volle Besetzung des Hauses ließ erkennen, daß die Unternehmer und die Arbeitnehmer bereit sind, um bei der Entscheidung über das Gesetz über die Betriebsbilanz die Kräfte zu messen. Als Auftakt der Verhandlungen protestierte der Präsident des Hauses dagegen, daß die Regierung bisher weder für die räumliche Unterbringung noch für eine ausreichende Etablierung des Reichswirtschaftsrates gesorgt hätte. Die Versicherungen des Reichswirtschaftsministers Scholz, daß von seiner Seite alles geschehen solle, um dem Reichswirtschaftsrat das Unterkommen zu sichern, mochte auf die Verammlung nicht allzuviel Eindruck. Auch über die ungenügende Beachtung des Reichswirtschaftsrates als gutachtliche Körperschaft der Gesetzgebung wurden lebhafte Klagen laut, die sich zu Interventionen und Anträgen verdichteten, deren Beratung heute bevorsteht.

Die Beratung der Vorlage zur Betriebsbilanz wurde denn auch von dem Berichterstatter Dr. Frank (Arbeitgeber-Vertreter) mit dem Protest eingeleitet, daß der Reichsrat bereits am Tage vorher dieses Gesetz verabschiedet habe. Im übrigen teilte der Berichterstatter alle Gründe, die sich im Inhalt der Regierungsvorlage einverstanden zu erklären, denn das Reichswirtschaftsministerium hatte einen Entwurf geliefert, der sich voll und ganz mit dem Reichsverband der deutschen Industrie formulierten Wünschen deckte. Mit um so größerer Deutlichkeit lehnte der Berichterstatter der Minderheit, Genosse Kaufhäuser vom Afa-Bund, das auf die Täuschung der Arbeitnehmer ausgehende Nachwerk der Regierung ab. Wenn den Betriebsräten lediglich die summarischen Handelsbilanzen, wie sie heute schon jede Aktien-Gesellschaft veröffentlicht, vorgelegt werden könnten, dann würden die freien Gewerkschaften auf ein solches Gesetz verzichten. Der Begriff Betriebsbilanz müsse im Gegensatz zur formalen Handelsbilanz hinsichtlich des Inhaltes und der als Beleg dienenden Unterlagen in dem neuen Gesetz einwandfrei und deutlich definiert werden, wie das in der Vorlage des Afa-Bundes geschehen ist. Kaufhäuser ließ keinen Zweifel darüber, daß ein Gesetz über die Betriebsbilanz nach der von der Regierung vorgeschlagenen Art von der gesamten Arbeitnehmerschaft als eine Verhöhnung angesehen werden würde. Mit überraschender Deutlichkeit kennzeichnete auch Köhr von den christlichen Eisenbahnarbeitern den heutigen Bilanzzwang und forderte eine neue Regierungsvorlage, die als Mindestmaß die unveränderte Buchbilanz bringen müsse.

Der Justizminister beschränkte sich auf einige Nebenfragen über alles das, was im Betriebsrätegesetz nicht ausdrücklich gelagt sei, um auf alle Fälle den Betriebsräten einen rechtlichen Einfluß in die Bilanz vorzulegen zu können. Ein Vertreter der kaufmännischen Harmonisierverbände, Herr Bedmann vom S. d. A., versicherte nochmals, daß er im sozialpolitischen Ausmaß die Verhältnisse zwischen den Unternehmern und den freien Gewerkschaften zu vermitteln und dabei ausgerückt sei. Die gute Abstellung des Reichswirtschaftsrates an, die sich aus den Verhandlungen der freien Berufen, den von der Regierung beauftragten Reichswirtschaftsrat delegierten Persönlichkeiten usw. zusammensetzt. Diese sonderbaren Neutralen verhielten sich sämtlich die Arbeitnehmer ihres Wohlwollens, um dann mit um so größerer Entschiedenheit der von den Unternehmern gebilligten Regierungsvorlage zuzustimmen.

Besonders charakteristisch war das überaus leichte Geschehen des „Kathederjournalisten“ Herkner, der den Arbeitern keinen Einblick in die Betriebsführung geben will, um sie vor sozialistischen Neigungen zu bewahren. Der Mann braucht sich wachseln nicht um das Seelenheil der Arbeiter zu kümmern. Herr Prof. Herkner hat scheinbar noch nichts davon gehört, daß die Kontrolle der Betriebe im Interesse der gesamten Volkswirtschaft und nicht, wie er erzählt, zum Zwecke einer egoistischen Lohnpolitik der jeweiligen Belegschaft gefordert wird. Der Vertreter der Arbeitervereine, Dr. Hagenburg-Mannheim, glaubte den Advokaten spielen zu müssen, indem er mit geflüstelter Harmlosigkeit den Arbeitnehmern einreden wollte, daß die vom Afa-Bund aufgestellten Erfordernisse einer Betriebsbilanz ohne weiteres in jeder kaufmännischen Bilanz zu finden wären. Es muß nur mundernehmen, daß sich die Unternehmer mit Händen und Füßen dagegen sträuben, diese „Selbstverständlichkeiten“ in das Gesetz aufzunehmen.

Zum Schluß brachte Herr Sumar, der Vertreter der Hausarbeiter, als Anknüpfung die „Enthüllung“ von einem Fragebogen, den die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und des Afa-Bundes an die Betriebsräte verandt hätte und der die ganze Gefährlichkeit des Einbringens in die Geschäftsgeheimnisse der Unternehmer erkennen ließe. Nicht ohne sensationelle Aufmachung richtete Herr Sumar an die Abgeordneten die feierliche Anfrage, ob sie in der Lage wären, dem Reichswirtschaftsrat über diesen Fragebogen Rede und Antwort zu geben. Der Sprecher des Afa-Bundes erklärte sich sofort bereit, die gewünschte Auskunft zu geben. Die freien Gewerkschaften haben auch wirklich keinen Anlaß eine Debatte über das Problem des Fragen-Geschäftsgeheimnisses zu führen.

# Ernährungsdebatte im Reichstag

## Zufriedenheit der Landwirte

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurden zunächst kleine Anfragen beantwortet. Die Beschwerte der Volkspartei über die Verhaftung von 25 Mitgliedern eines angeblichen Sportvereins in Kopenik verschaffte einen interessanten Einblick in die reaktionären Vorbereitungen. Die Antwort der Regierung bestätigte, daß es sich bei dem „Sportverein“ um den Zusammenschluß von Zeitfreiwilligen handelt, und daß in diesem Sportverein keinerlei Sport getrieben wird. Die Vereine haben vielmehr eine militärische Organisation. Eine Verhaftung der Mitglieder ist aber trotzdem nicht erfolgt, sondern nur ihre Vernehmung auf dem Polizeipräsidium.

Auf die Anfrage der Unabhängigen nach dem Ergebnis der Verhandlungen des bayerischen Ministerpräsidenten Köhr mit der Reichsregierung und der Entente gibt die Regierung die bezeichnende Antwort, das ergebe sich aus der Note an die Entente.

Aus der Antwort auf die Anfrage des Reichssozialisten Radbruch, wie die Flucht des Direktors des Obersten Bundesrats, Herr Herberich, hervor, daß das Gericht ohne Wissen der Staatsanwaltschaft den Haftbefehl aufgehoben hatte und der Staatsanwalt im Interesse der Wahrung der Autorität des Gerichts, es nicht für richtig hielt, diese Haftentlassung zu durchkreuzen. Seltsames Zusammenstoß!

Sodann begann die Weiterberatung des Etats des Ernährungsministeriums. Als erster Redner kommt der demokratische Bauernführer, Dr. Wöhme zu Wort. Er wendet sich gegen den preußischen Ministerpräsidenten Brauns und nimmt den Reichsernährungsminister Hermes sowohl die sachlichen als auch die persönlichen Angriffe nachdrücklich in Schutz. Die Förderung der

# Die Beamten vor der Entscheidung

## Die Urabstimmung über die Beschlüsse des Reichstages

Ueber die Stellungnahme der Beamtengewerkschaften zu den Beschlüssen des Reichstages:

Der Vorstand des Deutschen Beamtensbundes ist gestern um 2 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammengetreten, um zu dem Beschlusse des Reichstages über die Beamtenbesoldung Stellung zu nehmen. In dieser Sitzung nahmen die Vertreter sämtlicher dem Deutschen Beamtensbund angeschlossener Beamtengewerkschaften teil. Während ein Teil der Gewerkschaftsvertreter für ein radikales Vorgehen ist, will der andere Teil die bisherige besonnene Taktik fortsetzen. Man rechnet damit, daß schließlich beschlossen werden wird,

### ein Urabstimmung

darüber zu veranlassen, ob weitere Verhandlungen mit der Regierung stattfinden sollen oder ob wegen der Ablehnung der Forderungen des Deutschen Beamtensbundes in den Streik eingetreten werden soll. Daß eine Proklamierung des Streiks schon vorher erfolge, ist mehr als unwahrscheinlich, da gerade die Großorganisationen — und unter diesen wieder die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und -anwärter — vor einem Streik noch jedes mögliche gewerkschaftliche Mittel anwenden wollen.

Auf seiner Tagung in Berlin am 9. und 10. Dezember hat der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und -anwärter zu der Entscheidung des Reichstages Stellung genommen. In einer Entschließung wird erklärt, der gestern im Plenum gefasste Entschluß bedeutet für die Beamtenschaft die

### Ablehnung ihrer Hauptforderungen.

Das Entgegenkommen der Regierung, die Monatsgehälter für Januar bereits vor Weihnachten auszusahlen, kann nur als eine Fortsetzung der unheilvollen Vorkriegswirtschaft und als ein Beweis für die vollkommen verkehrte Besoldungspolitik der Regierung aufgefaßt werden.

Die Reichsgewerkschaftstagung hat beschlossen, in Gemeinschaft mit dem Deutschen Beamtensbund eine Urabstimmung unter ihren Mitgliedern zu veranlassen, die ergeben wird, ob die organisierten Beamten zur Erreichung ihrer Lebensnotwendigkeit das letzte gewerkschaftliche Mittel anzuwenden willens sind.

Auch im Deutschen Eisenbahnverband sieht man die Lage als ernst an. Bindende Beschlüsse werden hier zunächst nicht gefaßt werden, da man erst die Besprechungen mit den Ressortministern abwarten will. Man nimmt an, daß im Laufe des Sonnabends Besprechungen im Reichsverkehrsministerium stattfinden werden. Erst auf Grund dieser Verhandlungen wird dann der erweiterte Vorstand am Sonntag seine Entscheidungen treffen.

## Der Deutsche Beamtensbund zur Lage

Der Bericht über die Beschlüsse der Beamtengewerkschaften wird ergänzt durch folgende Erklärung des Deutschen Beamtensbundes, die durch Wolffs Telegraphenbureau verbreitet wird:

Der Deutsche Beamtensbund stellt fest, daß weder Erlasse noch Verfügungen der gewerkschaftlich organisierten Beamtenschaft das verfassungsmäßige Recht nehmen können, lebenswichtige Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu erfüllen. Die im Deutschen Beamtensbund zusammengeschlossenen Beamten halten aber die allgemeine politische Lage des deutschen Volkes zur Zeit für so ernst, daß sie in pflichtmäßiger Wahrnehmung des ihnen verfassungsmäßig obliegenden Dienstes am Volke im gegenwärtigen Augenblick nicht gewillt sind, von dem letzten gewerkschaftlichen Mittel Gebrauch zu machen. Der Deutsche Beamtensbund kann und will jedoch mit diesem Entschlusse seine bisherigen wirtschaftlichen Forderungen nicht preisgeben; er fordert noch wie vor eine unverzügliche Anpassung des Dienstverhältnisses der Beamten an die allgemeine wirtschaftliche Lage und jene Sicherstellung des Existenzminimums, die allein die staatsverhaltenden Grundlagen des Berufsbeamteniums gewähren leistet.

Mit dieser Erklärung empfangen die zur Urabstimmung schreitenden Mitglieder der Beamtengewerkschaften

ihre Direktive und zwar eine Direktive von so bindender Art, daß die Abstimmung unter der Beamtenschaft nahezu überflüssig wird. Indem der Beamtensbund zwar nicht das Recht, aber im gegenwärtigen Augenblick den Willen zum Streik preisgibt, wird die bei der Abstimmung herauskommende Willensfundgebung der Beamtensmassen für die Regierung und die leitende Bürokratie zu einer höchst gleichgültigen Angelegenheit. Daß die Beamten nicht für die Annahme der schädlichen Abfindung durch Regierung und Reichstagsmehrheit stimmen werden, erscheint uns selbstverständlich. Aber was hilft ein Votum gegen die Beschlüsse des Reichstages und für neue Verhandlungen, wenn die Regierung weiß, daß die Beamten nicht willens sind, auf den Gang dieser Verhandlungen eine PreSSION auszuüben durch die Bereitschaft und durch den Willen zum Streik. Eine von vornherein zum Tode verurteilte Gewerkschaftstaktik. Immerhin mögen einstweilen die organisierten Beamten selber das Wort nehmen.

## Die Beamtenbesoldung

### Was ist dabei herausgekommen?

Ueber das Thema Beamtenbesoldung stehen sich Bände schreiben. Besonders lehrreich wäre die Beantwortung der Frage, was ist bei der am Donnerstag mit großem Geschrei im Reichstag verabschiedeten Regelung der Angelegenheit für die Beamten herausgekommen. Einstweilen mag die Zuschrift, die wir von einem mit Besoldungsdingen vertrauten Beamten erhalten, zeigen, daß die Masse der Beamten auch jetzt noch am Hungertuche nagt. Ein Freund unseres Blattes schreibt uns:

„Hoffen und Harren, macht manchen zum Karren!“

Das Volkswort hat sich für die Beamten in vollstem Umfange bewährt. Die große Reichstagsdebatte über Beamtenbesoldung ist beendet. Hatte man sich schon keinen großen Hoffnungen hingeeben, und ist die Geduld der Beamten auf eine harte Probe gestellt worden, so schlägt die Regierung durch die Annahme ihres Entwurfs den Hungernden geradezu ins Gesicht. Es scheint, als wolle sie es auf das Heuerste ankommen lassen. Welche Nichtigkeit das ganze Besoldungsgesetz ist, zeigt sich im folgenden:

Nach dem Gesetz sollte ein Postbote erhalten: am 1. April 1920 (70 Proz. des Anstellungsgehalts 4500 M.) = 3150 M., (80 Proz. des Ortszuschlags 2000 M.) = 1600 M., 50 Proz. Feuerungszulage = 2300 M.

Das sind in Summa (unmarum 6910 M. jährlich oder 576,25 M. monatlich.

Gleich nach Verabschiedung des Gesetzes sah man sich gezwungen, die Diäten zu erhöhen, da das ursprüngliche Gehalt um Teil höher war als das gesetzliche. Da die Not der unteren Beamten, in erster Linie die der außerplanmäßigen, dauernd steigt, willigte man in eine Erhöhung des Gehalts und so erhielten die Postboten 90 Proz. des Anstellungsgehalts. Gemeinwärts erhält ein Postbote mit allen Zulageleistungen monatlich 824,87 M.

Daß ein solches Gehalt nicht entfernt den derzeitigen Lebensbedürfnissen entspricht, dürfte wohl jedem klar sein. Annehmlich will man dies auch in den Regierungsstellen anerkennen, glaubt aber in Anbetracht der schlechten finanziellen Lage des Staates, die noch trostlosere Lage der Beamten nicht verbessern zu können. Wohl erklärt man sich einverstanden mit einer Erhöhung des Kinderzuschlags um 150 Prozent. Das bedeutet ein Mehr von 50 M. pro Monat. Als eine Verhöhnung unterer Räte, als eine Bettlergabe, sehen wir das Angebot des Herrn Finanzministers auf Auszahlung unterer Januargehälter noch vor Weihnachten an. Leider ist man aermwunden, dies Anerbieten anzunehmen, um momentan der größten Not zu steuern.

Wohl erkennen wir die schlechte Finanzlage des Reichs an. Niemand wird jedoch beitreten können, daß in verschiedenen Beziehungen außerordentliche Erbarnisse im Reichshaushalt gemacht werden könnten. Auf jeden Fall ist in dieser Hinsicht noch nicht das letzte Wort gesprochen. Sollte auf die neuen Verhandlungen hin die Regierung auf ihrem Standpunkt verharren, so wird die Beamtenschaft wohl andere Saiten aufziehen müssen.

Produktion sei das wichtigste, weshalb er auch den Achtstundentag in der Landwirtschaft für völlig verfehlt erklärt. Die Sozialisierung der Düngeindustrie lehnt er entschieden ab und verteidigt den Abbau der Zwangswirtschaft.

Ihm folgt mit einer fast zweistündigen Rede vor völlig leerem Hause der Kommunist Reich. Er mißbilligt das Verhalten des Reichslanzlers gegenüber dem Abgeordneten Braun und wendet sich gegen die Reichssozialisten, die genau so mißlieblich seien, wie die bürgerlichen Parteien. Er erklärt, daß man eine Regierung, die das gewaltige Elend duldet, nicht lieben oder hassen, sondern nur verachten könne. Die neuen Korruptionserhebungen im Ernährungsministerium geben ihm Veranlassung, den Minister zu fragen, was er dazu veranlaßt hat.

Hermes erwidert sofort und weist die Vorwürfe gegen sein Ministerium als unbegründet zurück. Die Untersuchung gegen den Regierungsrat Hüßli sei noch im Gange, aber bis jetzt könne man ihm nichts nachsagen! Im übrigen beridigt er die alte Melodie.

Ihm folgen einige Redner der bayerischen Volkspartei und des Zentrums. Sie sind mit allen Maßnahmen von Hermes einverstanden, wenden sich gegen die Sozialisierung der Düngeindustrie und bestreiten, daß die Landwirte ihrer Abwehrungs-pflicht von Brotgetreide nicht nachkommen. Der Zentrumredner Diez aber wird deutlich. Er kündigt neue Forderungen der Landwirte auf Erhöhung der Preise an.

Nach einer längeren Rede des Reichssozialisten Niedmiller und einer neuen Antwort von Hermes mahnt der Präsident zur Rube. Bald darauf erfolgt Schluß der Beratungen. Sie haben aufs neue gezeigt, daß die Ernährungs-politik der jetzigen Regierung von den bürgerlichen Parteien ausnahmslos gebilligt und von den drei sozialistischen Parteien klar verurteilt wird. Durch Debatten im Reichstage wird an diesem Zustand leider nichts geändert. Es ist vielmehr dringend notwendig, daß die Massen sich mit aller Entschiedenheit für eine gründliche Aenderung des jetzigen Ernährungsstufes einsetzen.

## Die Beratung des Reichsnotopfers

Die bürgerlichen Parteien haben zum Schein ihre grundsätzliche Opposition gegen das Gesetz über die besoldungsmäßige Erhebung des Reichsnotopfers aufgegeben. In Wirklichkeit haben sie nun auf dem Wege des Beschlusses, die Erhebung des Reichsnotopfers auf Antrag des Zentrums zu beschließen, nachdem eine Vorbesprechung der bürgerlichen Parteien stattgefunden hatte, in die Spezialberatung des Gesetzes eintraten.

Hefflerich versuchte diese Ministerarbeit bereits bei S. 1. unterstützt von dem Demokraten Dornburg und dem Volksparteiler Richter. Demgegenüber betonte der Staatssekretär Köstle, daß die vorgetragenen Schwierigkeiten weit überschätzt

werden. Die vorgeschlagene Ausschaltung der Quellen sei nicht annehmbar. In vielen Fällen werde das Notopfer aus den Betriebsbeimnahmen, in anderen durch Kriegsschäden oder vorübergehendem Vorgehrt gedeckt werden können. Die Vorlage habe den Vorzug, daß sie Härten auf Grund der Abgabensordnung vermeide. Entgegen hervorgetretenen Vertarungswünschen hält Staatssekretär Köstle es für dringend nötig, doch mindestens den Teil des Gesetzes bald zu verabschieden, der sich mit dem Veranlagungsverfahren beschäftigt. — Mit Rücksicht auf den Fortschritt der Demokratie und die Zentrumslage am Montag erfolgt Weiterberatung am Dienstag.

## Der Prinz-Prozess

Gestern vormittag wurde der Prinzprozess wieder aufgenommen. Der Vorsitzende richtete an den Angeklagten einige Fragen, die sich auf die Aussagen der Zeugen Dünner und Bösch bezogen. Prinz erklärte auf Befragen, daß die Aussage der Weiden über einen angeblichen Schied, den er für Rechtsanwalt Ribbel für das blaue Heft erhalten haben solle, unrichtig seien. Er habe lediglich zweimal 500 M. und 1500 M. als Darlehen erhalten. — Zum Schluß der kurzen Verhandlung gab Rechtsanwalt Ribbel die Erklärung ab, daß in den letzten Wochen wiederholt Zeugen an den Angeklagten Prinz herangetreten seien, um ihn zur Flucht nach Holland zu verleiten. So sei ihm erst eine Summe von 50 000 und dann 100 000 M. befristet geboten worden, u. a. von den Zeugen Lichtstein und Vater. Auch Heinrich Marx habe versucht, Prinz zu einem Geständnis zu veranlassen mit dem Bemerkung, daß ihm dann nichts passieren würde. — Rechtsanwalt Pröll, der in Vertretung des Justizrat Berthauer erschienen war, widersprach dieser Darstellung und beantragte, die drei genannten Herren als Zeugen darüber zu vernahmen. Heinrich Marx habe im Ganzen das größte Interesse daran, daß die Angelegenheit auslärt und Scheidemann und Georg Marx von dem gegen sie erhobenen Vorwurf gereinigt würden.

Der Prozess wird am Montag vormittag 9 Uhr. Eröffnungsmäßig fortgesetzt werden. Zur nächsten Verhandlung werden u. a. auch der frühere Postleitungspräsident Eichhorn und der frühere Abgeordnete Davidsohn als Zeugen erscheinen.

Unabhängige Antreten im Reichlichen Landtag. Im Reichlichen Landtag beantragten die Unabhängigen Sozialdemokraten die Verlesung eines Amnestiegesetzes für politische Verurteilten, sowie Verlesung des 1. Mal und des 9. November als gesetzliche Feiertage.

Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Sitzung den Abänderungsbeschlüssen des Reichstages über die Erhöhung der Abänderungen der Beamten zugestimmt.

Die russischen Gefangenensorgen. Die russischen Sozialisten teilen mit, daß es jetzt in Pskow 84 Gefangenenaufbewahrung gibt, in denen sich 80 000 weitere Beamte, Offiziere, Polizeibeamte usw. aus der Parolezeit befinden. Vor einem Jahre gab es 21 Gefangenenslager mit 10 000 Gefangenen.



Eine besondere  
Weihnachts-  
Freude!

# MASSARY Zigaretten

KON  
LINON

## Theater und Vergnügungen

**Volkstheater**  
7 Uhr:  
Küchen von Heilbronn  
Neues Volkstheater  
Königsplatz 10  
7 1/2 Uhr: Pericles v. Tirus

**Proletarisches Theater**  
Kühnemannstr. 12  
7 Uhr: Die Feinde  
von Maxim Gorki

**Staatstheater**  
Dönhofsplatz  
7 1/2 Uhr: Amoretten  
Hänsel und Gretel  
König Richard III.  
7 1/2 Uhr: Die deutsche Kleinfächer  
Großes Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: Danton (W. v. W.)

**Königsplatz Str.**  
7 1/2 Uhr: Raufsch  
Komödienhaus  
7 1/2 Uhr: Die Gasse mit Lola  
Berliner Theater  
7 1/2 Uhr: Die spanische  
Nachtigall  
Fritz Maffary  
7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer  
Neues Operettenhaus  
7 1/2 Uhr: Die Csikosbaronesse  
Roße Theater  
7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer  
7 1/2 Uhr: Die Csikosbaronesse  
7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer

**Lehring-Theater**  
7 1/2 Uhr: Flamme  
Deutsches Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: Die Scheidungsreise  
Waldfrieden-Theater  
7 1/2 Uhr: Die Feinde  
Ladyladen  
7 1/2 Uhr: Die Feinde  
Triumph-Theater  
7 1/2 Uhr: Die Feinde  
Central-Theater  
7 1/2 Uhr: Die Feinde  
Königsplatz-Theater  
7 1/2 Uhr: Die Feinde

Lutherstr. 2/24.  
Fabelhafte  
Sensationen  
Unüber-ratliche  
Dr. ssuren  
Bewundern' wa  
Kr. Tielung n  
Vorverkauf a. d. Kasse  
10-2 Uhr. A. Weidm  
und Invalidendank.  
Stg. P. U. halbe Preise

**MOBELKREDIT**

**FRIEDEBERG**  
BÜLOWSTR. 24  
AM HOCH-  
BAHNHOF

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Todesanzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der  
Schlöfer  
**Karl Kellmann**  
Fugelerstraße 12, am 9. d. Mts. gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 14. d. Mts.,  
nachmittags 2 Uhr, Krematorium Grödenstraße statt.  
Keine Beteiligung wird erwartet.

**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der  
Häcker  
**Wilhelm Augustin**  
Bankow, Schulstraße 4, am 5. d. Mts. verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

**Trauringe**  
Dukatengold 900 gest.  
288 180.-  
14 kar. Gold 585 gest.  
8 kar. Gold 388 gest.  
sich vorrätig am Lager

**Einkauf von**  
Gold  
Silber  
 Brillanten  
Platin

**Stoffe**  
für Damen- und  
Herrenbekleidung  
Füllstoffe o. Knöpfe  
Konfektion  
für Damen und Mädchen  
Wohnanfertigung  
Herabgesetzte Preise!  
**C. Pelz**  
5 Kottbuser Straße 5

**TRAURINGE**  
Dukatengold. 00. 14 kar. Gold 585 gest.  
8 kar. Gold von 39.75 an.  
Deutschlands bedeutendste Fabrik mit  
direktem Verkauf an Private!  
**J. Weinstock a. m. b. H.**  
Zentrale. Mohrenstr. 16 am Untergrundh  
Friedrichstrasse  
Alexanderstrasse 14a, nahe Janowitzbrücke.  
Kottbuser Damm 21, Chausseestr. 69, C. arlo-  
burg, Stuttgarter Pl. 5, Sp. öschg. Ar. newaldstr. 15

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83  
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
Telefon: Amt Norden 195, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 13. Dezember 1920, abends 8 Uhr  
**Branchenversammlung**  
der Schmittarbeiter und Knopfabriker  
in der Aula des Sophien-Collegiums, Weinmeisterstraße 16/17  
Tagesordnung:  
1. Die Aufgaben der Gewerkschaft. Referent: Kol. W. W.  
2. Branchenangelegenheiten und Beschlüsse.  
An dieser Versammlung sind alle in der Knopfabrik  
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt

**MINOGA**  
Berlin D., Gröner Weg 69  
Tel.: Nr. 2409

**Bandwurm**  
mit Kopf verloren!  
„Zeit 7 Jahren an Band-  
wurm leidend u. nun schon 6  
Wochen erfolglos gebraucht,  
probierst du jetzt für Mittel  
u. habe nach 11. Stunden  
den Bandwurm mit Kopf  
verloren.“ So wurden be-  
reits Tausende v. Leidenden  
Bewundernswert. Schreiben  
besreit 10. 10. 10. 10. 10.  
M. 7.50 (Wiederanfrage  
12. 12. 10. 10. 10. 10.)  
50. 50. 50. 50. 50. 50.

**Achtung, Brautleute!**  
1 Dukatentraining  
900 gest. 180. 180. 180.  
900 gest. 180. 180. 180.  
333 gest. 65. 65. 65.  
inkl. Leinwand.  
Jeder Ring ist tugendlos aus  
massivem Golde hergestellt bei  
voller Garantie für Feingehalt!  
Jede Größe am Lager.

**G. Alb. Thal**  
Erlaube Berliner Spezial-  
geschäft für Trauringe.  
19, Seydelstraße 5  
Spandauerstr.  
Drohhaus-Konversations-  
kredit, 14. (10. 10. 10. 10.)  
in 17 Halbjährbänden verkauft  
Bücherei, 1. Freiheit.  
Dyckstr. 2. 2. 2.

**M. SCHULMEISTER**  
Berliner Str. 4 BERLIN SO Kottbusser Tor

Ulster  
Paletots  
Sport-Pelze

A züge  
Beinkleider  
Bunte Westen

**Branchenversammlung**  
der Bau- und Geldschrankarbeiter  
in der Aula des Sophien-Collegiums, Weinmeisterstraße 16/17  
Tagesordnung:  
1. Stellungnahme zur Verhandlung.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt

**Arbeitsloste!**  
**Branchenversammlung**  
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Verhandlung  
Ortsverwaltung, 2. Diskussion.

Für Dreher  
am Montag, den 13. Dezember 1920, vorm. 10 Uhr  
im Sitzungssaal, Linienstraße 83-85.

Für Schleifer, Graveure, Drahtarbeiter,  
Feilenhauer, Winkler, Emailleler,  
Zigarettenmaschinen-Führer  
am Montag, den 13. Dezember 1920, mittags 1 Uhr  
im Sitzungssaal, Linienstraße 83-85.

**Geschlechts-**  
krankheiten, wenn alles  
andere versagt, nachweis-  
bar noch Hilfe im Naturs  
Taktik für die Erhaltung,  
Blutreinigung, (L. 10. 10. 10.)  
10. 10. 10. 10. 10. 10.  
10. 10. 10. 10. 10. 10.  
10. 10. 10. 10. 10. 10.  
10. 10. 10. 10. 10. 10.

**Beinleiden heilbar!**  
Nach Einfindung v. M. 5-  
10. 10. 10. 10. 10. 10.  
10. 10. 10. 10. 10. 10.  
10. 10. 10. 10. 10. 10.  
10. 10. 10. 10. 10. 10.  
10. 10. 10. 10. 10. 10.  
10. 10. 10. 10. 10. 10.

**Der Rückenverformungs-Apparat**  
„Herkules“  
bietet den größten Schutz gegen  
Drehstuhl, Schenkel u. d. d. d. d.  
Verformung. Keine Kräfte mehr,  
kein Zerbrechen der Rippen auf dem  
Trapezium und beim Drehen.

**MÖBEL**  
herabgesetzte Preise  
bar und Teilzahlung  
schon seit 30 Jahren  
**BARTHEL**  
Jornbacher Str. 54

**Metal-Osten**  
Gröner Weg 80  
zahlte Tagespreise für  
Kupfer, Messing,  
Blei Zink usw.

**Betriebsrätesekretär**  
gesucht!

Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale  
bietet einen durchaus tüchtigen Betriebsrätesekretär,  
der aufs Beste seinen fern nach mit allen ein-  
schlägigen gewerkschaftlichen Tätigkeiten und re-  
sultatbringende Verhandlungen abzusichern die  
schwierigen 11. Dezember 1920 an Wilhelm  
Widderhaus, Gewerkschaftssekretär, Bremen,  
Vahnenstraße 27.

**Anzüge, Ulster**  
Paletots, Cuirways, Hosens, Alaska- und  
Kreuzfächer, Muffen (Keine Lombardware)  
Verkauf zu enorm billigen Preisen.  
Leihhaus Friedrichstr. Nr. 2

**Tatsache!**  
11. 11. 11. 11. 11. 11.  
11. 11. 11. 11. 11. 11.  
11. 11. 11. 11. 11. 11.  
11. 11. 11. 11. 11. 11.  
11. 11. 11. 11. 11. 11.  
11. 11. 11. 11. 11. 11.

**Oetker's**  
Milch-Eiweib-Pulver  
mit Triebzusatz  
Nahrung u. gebräuchlich...  
2-3 Eiweib  
für Pfannkuchen,  
Käse, Kuchen,  
Torten.  
Man verlange Rezeptbuch 6  
Nachmittags 10-12 Uhr im  
L. 10. 10. 10.

**Artikel und Erzählungen in der**  
**FREIEN WELT**  
Heft 47  
Preis 60 Pf.

Der Neubau der Parteien v. Felix  
Stössinger / Hunger von Fried-  
Hardy Worm / Die Heimkehr  
der Schnitter von Stijn Strauvels

**Damen-Wintermäntel**  
Einzelverkauf zu Engrospreisen  
Neuere Modelle - prima Verarbeitung,  
Verkauf von Mänteln zur eigener Herstellung direkt an  
Private ohne jeden Zwischenhandel.

**Flauschmäntel**  
dunkel 150-550 M.  
Berlin C., Al. derwallstr. 22, Hofpartee rechts

**Münzen :: Briefmarken**  
kauft Großmann, Johannstr. 4,  
Norden 106 21.

**Besuchen Sie unsere Weihnachts-Bücher-Ausstellung**  
Breite Straße 8-9. / Den ganzen Tag geöffnet. / Verkauf bis 7 Uhr abends.

### Preussische Landesversammlung

#### Der Polizeigeist gefährdet — Debatte über Bergbau und Sozialisierung

Von den Verhandlungen am Donnerstag ist noch nachzutragen, daß ein Antrag auf Annahme eines Gesetzes über die Erweiterung des Stadtkreises Barmen dem Gemeindevorstand überwiegen wurde.

Die Tagesordnung für Freitag wies zunächst eine Reihe kleinerer Anträge auf. Als erste die Anfrage unserer Genossin Joha wegen der ungeschicklichen Einrichtung von Privatschulen in Erfurt; und der Umgehung der schulpflichtigen Untersuchung der Privatschüler. Die Regierung antwortete, daß Privatschulen nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen eingerichtet werden dürfen. Die ärztliche Untersuchung der Privatschüler dürfe nur noch durch den Schularzt geschehen.

In der weiteren Verhandlung wurde ein Gesetz über die Regelung von Steuerzuschüssen zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher und zu den Gerichtskosten in erster, zweiter und dritter Lesung debattenlos angenommen.

Darauf wurde die Verordnung beraten, die die Beschäftigung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften regeln soll. Die Berichterstatterin, Frau Hanna Schwan, gab eine Darstellung von den Verhandlungen im Ausschuss, es handelt sich in der Hauptsache um die Befreiung des § 5 der Verordnung, der die einschneidende Polizeianordnungsbestimmungen enthält. Die Linke wollte diesen Paragraphen beibehalten, aber die bürgerlichen Parteien lehnen seine Beibehaltung ab. Zur Verhandlung im Plenum ist nun erneut der Antrag auf Streichung des § 5 gestellt worden. Da die Rechte des Hauses sehr schwach vertreten war, befürchteten wohl einige bürgerliche Vertreter eine Annahme des Antrags. Der Demokrat Struve beantragte Klärung der Vorlage an den Bevölkerungsausschuss, da noch Anträge und Eingaben eingegangen seien, die ausreichten, da noch Anträge und Eingaben eingegangen seien, die ausreichten, da noch Anträge und Eingaben eingegangen seien, die ausreichten.

Sierung von den Rechtssozialisten und unser Genosse Dr. Wegl wandten sich gegen den Beschleunigungsantrag, der dann abgelehnt wurde. In der Debatte, die sich ausschließlich von der weiblichen Mitglieder des Hauses bestritten wurde, hielten die Vertreterinnen der Rechte an dem § 5 fest, während die Linke Befreiung eintrat. Bei der Abstimmung über den Antrag auf Streichung des § 5 wurde Hammerstung notwendig. Die Zählung ergab 90 Stimmen für und 109 Stimmen gegen den Antrag. Das Haus war also beschlußfähig. Die neue Sitzung wurde auf 3 1/2 Uhr anberaumt.

Sie begann mit der Fortsetzung der Debatte über den Bergbau. Als erster sprach der Handelsminister Fischbeck, der sich bemühte, die scharfen Angriffe, die von Hue und unserm Genossen Borten gegen die staatliche Bergwerksverwaltung vorgebracht worden waren, zu entkräften. Der Minister benutzte dazu einzelne Stellen aus den angegriffenen Lieferungsverträgen, die bis heute noch nicht den Mitgliedern des Hauses vorgelegt wurden. Im übrigen warnte Fischbeck die kapitalistische Zukunft Deutschlands ziemlich düster. Der Mann sei an Kohle und die Verschlechterung der Qualität sei vorhängen für unsere Industrie, unter Gewerbe und unsere Landwirtschaft. Eine gewisse pikante Note bekamen unsere Ausführungen des Demokraten Fischbeck, als er dem Abgeordneten Hue ein kleines Privatstimmum über Marxismus hielt. Hue hatte auf die patriarchalischen Verhältnisse des preussischen Bergbaus unter dem Direktionsprinzip in der Zeit vor der Revolution hingewiesen und dabei ausgesprochen, daß die heutige bürgerliche Revolution und die Durchführung des Kapitalismus im Bergbau erst den Bergbau zu dem veredelten Proletariat gemacht habe. Diese Ausführungen glaubte Fischbeck in Gegensatz bringen zu können zur Marx'schen Theorie, wonach in Kapitalismus eine historische Notwendigkeit war, der mit der Beseitigung veralteter Produktionsmethoden Kulturförderung gewirkt und auch erst die moderne Arbeiterbewegung ermöglicht habe. — Zur Sozialisierungsvorlage meinte der Minister sehr vorsichtig, er wolle die Bearbeitung dieser Frage beruhigen Sachkenntern überlassen, wie sie in der Sozialisierungskommission und im Reichswirtschaftsrat vertreten seien.

Nach dem Minister sprach der Deutschnationale Martin, ein evangelischer Arbeitersekretär. Er strengte sich nach Kräften an, den „Feindbund“, den Verfall der „Schmadowitz“ und das Später Abkommen für alles wirtschaftliche Elend in Deutschland verantwortlich zu machen, schimpfte insbesondere gegen die Franzosen. Nachdem er den Feind in einer halben Stunde toigeredet hatte, verwendete er die übrige halbe Stunde zu dem Nachweis, daß die Sozialisierung des Kohlenberges ein sehr gefährliches Experiment sei. Als Vorlage für seine Ausführungen benutzte er eine Broschüre des Bergbauvereins, aus der er ganze Seiten zur Kenntnis des Hauses brachte, insbesondere die Stellen, wo Ansprüche von

Roste, Seering und August Müller sein äußerlich zusammengefaßt sind, die sich gegen die Sozialisierungsvorlagen verwandt haben. Der Redner verlangte zum Schluß die Schiffbarmachung der Ruhr, deren beschleunigte Inangriffnahme ein Vertreter der Regierung zusagte.

Weiter sprach noch zum Schluß ein Mitglied der Deutschen Volkspartei, ebenfalls Arbeitersekretär. Als letzter Redner hielt der Kommunist Kiliau auf der Liste.

### Die Sprengkapseln

#### Zum Wahlkampf im Metallarbeiterverband

Aus Frankfurt a. M. wird uns folgendes berichtet:

Am Montag, den 11., fand im Gewerkschaftshaus Frankfurt a. M. eine Versammlung statt, in der Paul Neumann von der verlassenen Betriebsrätezentrale, Berlin, Rüstwerke, referieren sollte über das Thema: „Tagesfragen der Gewerkschaften“. Nachdem der Referent erschienen war und ehemalige Berliner Kollegen dort antraf, war er etwas verduzt. Die Zeit bis zum Beginn der Versammlung verbrachte sich, da der „Rustwerkbesuch“ zu wünschen übrig ließ. In der privaten Unterhaltung, die in der Zwischenzeit geführt wurde, kam folgendes Gespräch des Neumann zustande: „Wir legen von der Mühseligkeit eine Zündschnur mit Sprengkapseln in die Gewerkschaften hinein, drücken auf den Knopf, und puff, ist der Führer weg. Unsere Leute kommen dann an die Stelle. So machen wir es jetzt m. a. W., bis wir den ganzen Apparat in den Fingern haben.“ Er sagte dann noch weiter, „wir sollten uns den Weg nach links nicht verzerren, sonst kommen wir unter die Räder“. Als ihm darauf erwidert wurde, daß auch K. P. Leute es bisher nicht anders tun konnten, erklärte er, das sei eben ganz anders: „Wenn wir erst daran sind, dann wird eben alles anders werden.“

Man sieht wiederum, daß die jetzt neugegründete Gewerkschaftszentrale drauf und dran ist, nicht die Gewerkschaften umzuformen, sondern, wie K. selbst sagt, Sprengkapseln zu legen.

Paul Neumann war von jeder etwas läppisch, aber seine Freunde werden erlassen, wenn sie ihn so reden hören. Man sollte den Mann doch nicht so frei herumlaufen lassen. Inzwischen wird das Regen der Zündschnüre und Sprengkapseln bereits praktisch geübt im Berliner Metallarbeiterverband. Oskar Ruch soll die erste Sprengkapsel an entscheidender Stelle sein, nur hat es den Anschein, als ob er zuvor selbst in die Luft gehen würde. Immerhin kommt diese Aeußerung Neumanns gerade zur rechten Zeit, um den Berliner Metallarbeitern zu zeigen, wozu sie gemeinsam zu machen sollen.

### Die Eisenbahner für Ziska

Aus Berichten, die uns täglich über Versammlungen und Konferenzen zugehen, geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß sich immer weitere Kreise der im Erwerbsleben Stehenden gegen die kommunistischen Bestrebungen wenden, die auf eine Zerstückelung der Gewerkschaften gerichtet sind. Und je näher die Tage der Wahl im Deutschen Metallarbeiterverband kommen, desto mehr häufen sich die Zeichen, die auf einen Sieg der Linke hindeuten.

So liegt uns jetzt ein Bericht über eine am Donnerstag, den 8. ds. stattgefundene Versammlung der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Eisenbahner vor. Die gut besuchte Versammlung nahm nach einem Referat des Genossen Neumanns nach anregender Debatte gegen eine Stimme folgende Resolution an:

Die im Wahlkörper 85 zusammengeschlossenen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes erkennen in den von den Vertretern von 26 Millionen Proletariern gefassten Londoner Beschlüssen die geeigneten Grundlagen zur Befreiung des Proletariats, zur Bekämpfung des Kapitalismus, zum Aufbau des Sozialismus. Sie erklären, daß sie sich nur von der Geschlossenheit der Kampffront einen Erfolg versprechen können, daß sie in jeder Abweglung, ganz gleich in welcher Richtung, eine Schwächung der Kampftruppe des Proletariats sehen, wodurch andererseits die Gegenrevolution ermöglicht wird. Die Versammlung erklart für die Wahlen der Ortsverwaltung in der Liste Ziska die geeigneten Personen zur Durchführung der oben angeführten Gedanken und wird die Kandidatur Ziska-Urich nach besten Kräften propagieren.

Die kommunistische Verwirrung verfährt auch zu sehr gegen das normale Denken, als daß Arbeiter mit gesundem Hirnen darauf hineinfließen könnten.

### Gegen Moskau

Vom 7. bis 9. Dezember tagte der Beirat des Deutschen Gewerkschaftsverbandes. In sechsstündiger gründlicher Beratung wurde das Treiben der Gewerkschaftsvertreter einmütig und auf das Schärfste verurteilt. Die Abrechnung war eine so gründliche, daß Schumacher bei seiner Verteidigungsrede, im Gegensatz zu seinen sonstigen Gepflogenheiten, jämmerlich versagte. Interessant war das Geständnis Schumachers, daß die Wandlung seiner Gesinnung sich nicht erst auf der Reise aus Rußland, sondern „bereits“ bei der Abschieds-„Audiens“ vollzogen habe.

Mit 34 gegen 8 Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, die besagt, daß diejenigen Mitglieder, die die Bestrebungen der Moskauer Internationale innerhalb des Verbandes unterstützen oder fördern, stellen sich in offenen Gegensatz zu den Beschlüssen unseres Verbandstages, den Bestimmungen des Statuts und den Interessen unserer Mitglieder und somit außerhalb unserer Organisation.

Auch die Tätigkeit Schumachers, die er vor den Berliner Gewerkschaften ausgeübt hat, wurde ebenso einmütig gebührend kritisiert und mit 23 gegen 2 Stimmen nachstehende Resolution angenommen: Der Beirat mißbilligt auf das Entschiedenste das Verhalten des Kollegen Schumacher, der in einer Versammlung Berliner Kaufleute und Industrieller — den wirtschaftlich schärfsten Gegnern der modernen Arbeiterbewegung — einen Vortrag gehalten hat. Diese Handlung ist mit der Würde eines Vertreters der gewerkschaftlichen Klassenorganisationen und dem ihm übertragenen Vertrauen durch die Organisation unvereinbar.

### Beiratsung des Textilarbeiterverbandes

In der vom 8. bis 10. Dezember 1920 in Dresden stattfindenden Beiratsung des Deutschen Textilarbeiterverbandes referierte zum ersten Punkt der Tagesordnung „Stellung des Deutschen Textilarbeiterverbandes in der Tagespolitik und zum Aufbau der Wirtschaft“ Jädel-Berlin. Er legte eine Resolution vor, in der es u. a. heißt: Der Beirat weist alle Bestrebungen, die im Textilarbeiterverband vorhandene Disziplin ausserhalb der Verbandsbewegung liegenden parteipolitischen oder parteivoluntarischen Gründen zu lockern und in „Verbindung“ mit der Textilarbeiterbewegung zu wirken, als arbeitserwidrigend entschieden zurück. Ganz besonders erklärt er seine Tätigkeit innerhalb des Verbandes, wie sie von der kommunistischen Partei Deutschlands, einem Diktator aus Moskau folgend, vorgeschrieben wird, als unvereinbar mit den Interessen der Textilarbeiter und des Verbandes. Der Verbandsvorstand wird aufgefordert, diesen Verrat keine größte Aufmerksamkeit zuwenden und gegebenenfalls mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine solche, die Einheit der freien Textilarbeiterbewegung verachtende Tätigkeit durch unverantwortliche Elemente unmöglich zu machen und gegen sie vorzugehen.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß ausserhalb des Verbandes stehende Anstalten der K. P. D., die politisch zur K. P. D. gehörenden Angehörigen der Organisation auf die oben genannten zu verwerfenden Vorschriften verpflichtet, hält es der Beirat für geboten, diese Verbandsangehörigen aus dem Verbandsschilde einer solchen Praxis hinwegzuweisen und fordert eventuell vom Vorstand energisches Einschreiten. Der Beirat erklärt ausdrücklich, daß er sich mit Entschiedenheit auf den Boden der Ausserdemer Gewerkschafts-Internationale stellt, das arbeitserwidrigende Treiben der Moskauer Gewerkschafts-Internationale verurteilt und jede Unterstützung dieser Internationale als verhandlungsgefährdend betrachtet.

Die Resolution wurde mit 35 gegen 8 Stimmen angenommen. Bezeichnend war, daß gegen die Resolution eine große Anzahl der Berliner Vertreter und nur zwei Vertreter der Provinz dagegen stimmten. Die Resolution bedeutet nicht nur eine Absage an die dritte Internationale, sondern sie muß auch die normierenden Konsequenzen nachstehenden denjenigen gegenüber, die sich im Sinne der Moskauer These innerhalb des Verbandes zu betätigen versuchen.

Zum Wiederaufbau der Wirtschaft wurde nachstehende Resolution gegen zwei Stimmen angenommen:

Der Beirat beschließt: Der Vorstand wird beauftragt, die Aufmerksamkeit der internationalen Vereinigung der Textilarbeiter, St. London und des nächsten internationalen Textilarbeiterkongresses in Paris auf die für das deutsche Wirtschaftsleben, besonders in Hinsicht auf die Textilindustrie, und auf das Wirtschaftsleben der Welt verachtenden Wirksamkeit des Lebensertrages von Versailles zu lenken und zu beantragen, daß die Frage der Revision dieses Vertrages auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt werde.

### Resolution zu Punkt I

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes ersucht den Vorstand des Gewerkschaftsbundes, energisch auf Erfüllung der im Vertrag mit den politischen Parteien aus Lausanne des Kampfes vereinbarten 8 Punkte hinzuwirken.

### Resolution zu Punkt II

Die aus allen Teilen Deutschlands beschickte Sitzung des Beirates des Deutschen Textilarbeiterverbandes gibt der Deutschen

## Sunger

Roman von Knut Hamsun.

(Schluß.)

Sie brummte zornig, weigerte sich hartnäckig, etwas von dem herauszugeben, was sie aus der Tasche hatte, rief mir sogar noch ein Stück Kuchen aus dem Hand und legte es an seinen Platz zurück. Ich wurde wütend, schlug auf den Tisch und drohte mit der Polizei. Ich wollte gnädig gegen sie sein, sagte ich; wenn ich alles das nehmen wollte, was mein sei, würde ich ihre ganze Hude ruinieren, denn damals hätte ich ihr eine fürchterliche Masse Geld gegeben. So viel würde ich aber nicht nehmen, in Wirklichkeit wollte ich nur die Hälfte des Wertes haben. Obendrein würde ich auch nicht wieder kommen. Davon solle mich Gott bewahren, nachdem sie sich eine Person sei.

Endlich legte sie mir einige Kuchen zu einem unverschämten Preise hin, fünf, sechs Stücke, die sie zu dem höchsten Preise bezahlte, der ihr überhaupt nur einfallen konnte, und dann befohl sie mir zu gehen. Ich stritt noch mit ihr, behauptete, daß sie mich um eine Krone betrüge und mich mit ihren blutigen Preisen förmlich auslauge. „Wissen Sie, daß Strafe auf solche Schurkenstreiche steht?“ sagte ich. „Gott stehe Ihnen bei, Sie könnten ja auf Lebenszeit ins Zuchthaus kommen!“ Sie warf mir noch einen Kuchen hin und schrie mir zähnefleischend zu, ich solle machen, daß ich fortkomme.

Darauf verließ ich sie. Sie, etwas ähnliches von einem unverbesslichen Weibe hatte man doch noch nicht gesehen! Während der ganzen Zeit, wo ich auf dem Markte umherging und von meinem Kuchen aß, sprach ich laut von der Frau und ihrer Unverschämtheit, wiederholte, was wir einander gesagt hatten, und dankte mich ihr sehr überlegen. Vor aller Leute Augen aß ich von dem Kuchen und sprach laut vor mich hin.

Die Kuchen verschwanden einer nach dem andern; wieviel ich auch aß, es verhungerte nicht; ich war geradezu gründlich ausgehungert. Großer Gott, daß es nicht verschlagen wolle! Ich war so gierig, daß ich mich beinahe an dem letzten Kuchen verzerrt hätte, den ich von Anfang an für den Kleinen

unten in der Bogmandsgade, für den Jungen aufzubewahren gedachte, der mit den Papierstreifen gespielt hatte. Ich dachte fortwährend an ihn, konnte seine Miene nicht vergessen, als er aufgesprungen war und geflüchtete. Er hatte sich nach meinem Fenster umgedreht, als der Mann auf ihn gesehnt, und hatte nachgesehen, ob ich darüber lachte. Wenn ich ihn überhaupt nur fand, wenn ich hinunter kam! Ich strengte mich nach Möglichkeit an, um schnell nach der Bogmandsgade zu gelangen, kam an der Stelle vorüber, wo ich mein Drama in Stücke gerissen und wo noch eine Menge Papier lag, umging den Polizeibediener, den ich kurz zuvor durch mein Gebahren in Erstaunen versetzt hatte, und stand endlich an der Treppe, wo der Junge gesessen.

Er war nicht da. Die Straße war beinahe leer. Es fing an zu dämmern, und ich konnte den Jungen nirgends entdecken; er war wohl schon ins Haus gegangen. Ich legte den Kuchen vorsichtig hin, stellte ihn auf die hohe Kante gegen die Tür, klopfte stark an und ließ dann eilig davon. Er wird ihn schon finden! sagte ich zu mir selbst; sowie er herauskommt, findet er ihn! Und meine Augen wurden feucht vor Freude bei dem Gedanken, daß der Kleine den Kuchen finden werde.

Ich kam wieder nach dem Eisenbahnai hinunter. Mich hungerte nicht mehr; aber die Süßigkeiten, die ich gegessen, verurachteten mir Uebelkeit.

In meinem Kopf tobten die wildsten Gedanken: Wie, wenn ich heimlich das Tau von einem der Schiffe durchschneite? Wie, wenn ich plötzlich „Feuer“ rief? Ich gehe weiter hinauf am Kai und finde eine Kiste, auf die ich mich setzen kann, falte die Hände und fühle, daß mein Kopf immer wärmer wird. Ich rühre mich nicht und tue überhaupt nichts, um mich aufrechtzuerhalten.

Ich hatte nach dem „Copegoro“, dem Barkschiff mit russischer Flagge hinüber. An der Reling sehe ich einen Mann; die roten Laternen vom Bordbord werfen ihren Schein auf seinen Kopf, und ich erhebe mich und spreche zu ihm hinüber. Ich verfolgte gar keinen Zweck damit und erwartete auch gar keine Antwort. Ich rief:

„Segeln Sie heute abend, Kapitän?“  
„Ja, bald“, antwortete der Mann. Er sprach schwedisch.  
„Im Sie brauchen wohl nicht zufällig noch einen Mann?“  
Ich machte mir in diesem Augenblick gar nichts daraus, ob

ich eine abschlägige Antwort bekam oder nicht; es war mir ganz gleichgültig, was der Mann mir entgegenwürde. Ich stand und wartete und sah zu ihm hinüber.

„Nein“, entgegnete er. „Es müßte denn ein Jungmann sein.“

Ein Jungmann! Ich zuckte zusammen, nahm verstoßen meine Brille ab und steckte sie in die Tasche; dann betrat ich den Landungssteg und ging an Bord.

„Ich bin nicht befohlen“, sagte ich, „aber ich kann alles machen, was Sie mir anweisen. Wohin geht die Fahrt?“

„Wir gehen mit Ballast nach Leeds und nehmen dort Kohlen für Cadix ein.“

„Gut!“ sagte ich und drängte mich dem Manne auf. „Mir ist's gleichgültig, wohin die Reise geht. Ich werde meine Arbeit machen.“

Er stand eine Weile, sah mich an und überlegte.

„Du hast noch nicht gefahren?“ fragte er.

„Nein. Aber wie ich Ihnen sage, weisen Sie mir eine Arbeit an, und ich mache sie. Ich bin an alles gewöhnt.“

Er überlegte wieder. Jetzt hatte ich es mir schon fest in den Kopf gesetzt, daß ich mit müsse, und ich fürchtete, wieder an Land gejagt zu werden.

„Was meinen Sie also, Kapitän?“ fragte ich endlich. „Ich kann wirklich alles leisten. Was sage ich! Ich wäre ja ein elender Kerl, wenn ich nicht mehr täte, als mir aufgetragen wird. Wenn es gilt, kann ich zwei Wochen hintereinander übernehmen. Das bekommt mir gut, und ich kann es schon aushalten.“

„Nun ja, wir können's versuchen“, sagte er. „Wenn es nicht geht, trennen wir uns in England wieder.“

„Natürlich“, sagte ich in meiner Freude. Und noch einmal wiederholte ich, daß wir uns ja in England trennen könnten, wenn es nicht geht.

Dann wies er mir meine Arbeit an.

Draußen im Fjord richtete ich mich einmal auf; ich war noch vor Fieber und Mattigkeit, sah nach dem Lande zu und sagte für diesmal der Stadt, sagte Kristiania Bewohler, wo die Fenster so hell in allen Häusern leuchteten.

Ende.

